



## **Marieluise Beck**

Mitglied des Deutschen Bundestages

---

**Deutscher Bundestag**  
**Platz der Republik 1**  
**11011 Berlin**

**K** (030) 227 – 71605 / 71606  
**M** (030) 227 – 76262  
**✉** marieluise.beck@bundestag.de

**Wahlkreis**  
Schlachte 19/20  
28195 Bremen  
**K** (0421) 3011-200  
**M** (0421) 1655-353  
**✉** marieluise.beck@wk.bundestag.de

---

### **Ladies Lunch 7.07.06** **„Selbstbilder- Fremdbilder“**

#### **Leitbilder der Einwanderungsgesellschaft**

Ressourcen der Einwanderungsgesellschaft erkennen und richtig nutzen

Die Werte des Grundgesetzes und die darauf basierende Rechtsordnung, die Würde jedes einzelnen, die Gleichheit von Frau und Mann, die Religionsfreiheit und die Meinungsfreiheit sind die Geschäftsgrundlage, auf der Integration stattfindet. Sie stehen nicht zur Disposition, auch nicht im Namen einer Religion oder Kultur. Pluralität macht die Verständigung über gemeinsame Werte und Regeln nicht einfacher, aber umso nötiger. Das moderne Deutschland ist keine Gesellschaft mit einer geschlossenen, homogenen Kultur. Ein Missverständnis wäre aber auch zu glauben, „Multikulturalität“ sei schon ein Konzept, das den Zusammenhalt in dieser Gesellschaft herstellen könne. Multikulturalität ist eine Tatsache, Integration ist eine Aufgabe. Das Leitbild für unser Zusammenleben ist eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung. Allzu oft folgt der gesellschaftliche Diskurs noch der Fiktion einer kulturell homogenen Gemeinschaft. Das pluralistische und demokratische Selbstverständnis will aber immer neu vermittelt sein, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und Konsense zu gewährleisten. Wir brauchen daher eine Politik der Einbürgerung, die auf gleichberechtigte und selbstbestimmte Bürgerinnen und Bürgern setzt, aber auch ein Identifikationsangebot mit dem pluralistischen und demokratischen Leitbild und den Werten unserer Gesellschaft macht. Nur wenn wir Einheimische wie Zugewanderte von den Werten unserer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft überzeugen und Ungleichheitsideologien entschieden entgegentreten, kann sich eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung entwickeln. Dies bedeutet aber auch und insbesondere die Potenziale von Einwanderinnen und Einwanderern zu erkennen und nutzen zu wollen.

Verständigung und Integration erfordert eine gemeinsame Sprache. Der Erwerb der deutschen Sprache ist eine wichtige Grundvoraussetzung, um den Weg in unsere Gesellschaft gehen zu können.

Ohne rechtliche Gleichstellung und politische Teilhabe steht Integrationspolitik auf tönernen Füßen. Migrantinnen und Migranten sind Teil unserer Gesellschaft, sind Bürgerinnen und



Bürger, nicht bloß „Mitbürger“. Bürgerrechte für Eingewanderte und humanitäre Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen sind und bleiben ein Kernanliegen unserer Politik, denn am Umgang mit Minderheiten misst sich die Humanität einer Gesellschaft. Dies setzt faire und echte Chancen auf Teilhabe in dieser Gesellschaft voraus. Nur so kann Integration gelingen. Programmatisch sind wir besser als andere Parteien für diese Herausforderung gewappnet. Die Grünen standen immer für eine pluralistische und offene Gesellschaft und für ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Diese Grundhaltung ist ein hohes Gut und wir werden diesen Platz in der Politik auch nicht räumen.

### **Herausforderungen an die Einwanderungsgesellschaft**

Die Zukunft unserer Gesellschaft ist multiethnisch und multireligiös. Jedes vierte Neugeborene hat bereits ein Elternteil mit Migrationshintergrund, in den großen Städten kommen bis zu 40% der Jugendlichen aus Migrantenfamilien - mit steigender Tendenz. Nicht nur unsere Gesellschaft, auch die Migrantenbevölkerung selbst ist vielfältiger und ausdifferenzierter geworden. Längst handelt es sich nicht mehr um eine reine Gastarbeiterpopulation, auch in der ausländischen Wohnbevölkerung haben wir es mit einer zunehmenden sozioökonomischen Differenzierung von Lebenslagen, der sehr unterschiedliche kulturelle, religiöse und politische Orientierungen entsprechen. Kulturelle und religiöse Vielfalt werden deshalb das Leben in unserer alternden Gesellschaft von Generation zu Generation stärker kennzeichnen.

Dieser gesellschaftlichen Herausforderung kann eine Ausländerpolitik, die sich in erster Linie ordnungs- und sicherheitspolitisch versteht, nicht mehr gerecht werden. Weder mit sozialen Spezialangeboten für Migrantinnen und Migranten noch mit einer Politik, die sich allein um die Belange von Minderheiten kümmert, kann diesen Entwicklungen quantitativ und qualitativ begegnet werden. Unser Land steht vor der Aufgabe, sich selbst aufnahmefähig zu machen. Unsere gesellschaftlichen Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Ausbildungsmarkt, Arbeitsmarkt, Krankenhäuser und Altersheime müssen in die Lage versetzt werden, mit diesen Herausforderungen produktiv umzugehen und sich interkulturell zu öffnen. Unsere Städte müssen um ihrer Zukunft als Standort willen Leitbilder einer Einwanderungsstadt entwickeln und implementieren, müssen ihre Quartiere zu Orten sozialer Integration machen. Und vor allem unser Bildungssystem muss den Umgang mit der wachsenden gesellschaftlichen Vielfalt lernen.

Integrationspolitik ist damit mehr als Ausländer- oder Minderheitenpolitik, auch mehr als Sprachförderung und Eingliederungshilfe. **Integrationspolitik ist Gesellschaftspolitik in der Einwanderungsgesellschaft.** Politische Handlungskonzepte müssen die Lebenssituation einer wachsenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund regelmäßig und in allen Bereichen mit berücksichtigen. Integrationspolitik betrifft damit alle Politik- und Lebensbereiche und muss als Querschnittsaufgabe verstanden und verankert werden. Nach 50 Jahren Einwanderung muss die „conditio sine qua non“ der Integrationspolitik lauten: Einwanderer sind Teil dieser Gesellschaft, sie gehören selbstverständlich dazu.



## **Handlungsfelder für eine demokratische Einwanderungsgesellschaft**

Integrationspolitischen Handlungsbedarf gibt es in vielen Politik- und Lebensbereichen. Für uns Grüne möchte ich einige aktuelle und zentrale Handlungsfelder benennen.

### **Potenziale nutzen - In Bildung investieren**

In keinem Industrieland ist die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft so groß wie in Deutschland. Der enge Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg verfestigt die Ausgrenzung vor allem von Migrantenkindern und -jugendlichen über die Generationen hinweg. Der Aufstieg über eine Bildungskarriere scheitert trotz häufig hoher Bildungsaspirationen in den Migrantenfamilien. Vorrangiges Ziel muss es deswegen sein, die Defizite des deutschen Bildungssystems im Umgang mit sozialer und kultureller Heterogenität zu überwinden. Zweisprachig aufwachsende Kinder müssen früh lernen können, beide Sprachen kompetent zu nutzen und brauchen vorschulische Förderangebote. Gemeinsame Bildungspläne für den Elementar- und Primarbereich müssen für einen flexiblen Übergang vom Kindergarten in die Grundschule sorgen. Statt Zurückstellungen sollte die Deutschsprachförderung durchgehend ausgebaut werden und im Rahmen von Ganztagschulen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gezielter und umfassender gefördert werden. Es geht darum, in allen Bildungsbereichen vom Kindergarten über die Schule und die berufliche Ausbildung bis zur Hochschule die weithin bestehenden Bildungskonzepte zu überwinden, die sich nicht länger allein an der Norm eines Kindes deutschsprachiger Eltern orientieren können. Hierzu gehört auch, durch Aus- und Fortbildung die Fähigkeit des Lehrpersonals zu stärken, mit Differenz in den Lerngruppen umzugehen und diese Vielfalt für die individuelle Förderung zu nutzen.

### **Den Islam einbürgern**

Mit den Menschen sind auch ihre Religionen gewandert. Noch tut sich die aufnehmende Gesellschaft schwer, diese Religionen als Teil unserer religiösen Landschaft anzunehmen. In der Debatte um religiöse Minderheiten werden Extreme oft zum Normalfall erklärt. Für die Integration von Muslimen und Musliminnen - der größten zugewanderten Religionsgemeinschaft in Deutschland – bedarf es daher eines politischen Dreischritts: Entschiedene Bekämpfung und wirksame Repression gegen alle islamistischen Bestrebungen, Streitbare Auseinandersetzung mit allen religiös oder kulturell begründeten Vorstellungen von Ungleichheit und Unfreiheit in Teilen der muslimischen Bevölkerung und ihrer Organisationen und, last but not least, eine Politik der Anerkennung, die den Islam als gleichberechtigte Religion akzeptiert und Muslime und Musliminnen rechtlich und politisch integriert.

Konkret bedarf es insbesondere der Ausbildung von Imamen und muslimischen Religionslehrern an deutschen Universitäten und eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache. Mittelfristig braucht die Politik legitimierte Ansprechpartner und Vertretungen, die die Muslime in unserer Gesellschaft repräsentieren und die Aufgabe als verlässliche Kooperationspartner des Staates erfüllen zu können. Dass die neue Bundesregierung die islamischen Verbände nicht zum Integrationsgipfel geladen hat, zeigt



wie wenig sie über die wichtigen Gruppierungen und Strömungen der Muslime in Deutschland weiß.

#### Migrantinnen stärken, wider den Paternalismus

Migrantinnen brauchen Unterstützung. Sie werden häufiger Opfer familiärer Gewalt und geraten oft in den Konflikt zwischen den Wertvorstellungen ihrer konservativen, patriarchal geprägten Familien und ihrem Wunsch nach Teilhabe in der modernen Gesellschaft. Das gilt aber nicht in allen Fällen. In manchen Fällen werden die Migrantinnen vielleicht emanzipatorische Wege gehen, die sich weniger oder gar nicht mit den „unsrigen“ Vorstellungen und Erfahrungen decken. Auf der Grundlage der Werte des Grundgesetzes gilt es dann in den Dialog auf gleicher Augenhöhe zu treten. Wohlwissend dass Einwanderungsgesellschaften nicht ohne Konflikte sind.

Mit der Einführung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts, mit der Strafverschärfung bei Zwangsverheiratung und dem Gewaltschutzgesetz haben wir die Rechte der Frauen gestärkt. Durch gezielte Aufklärungsarbeit in und mit den Migrantengemeinschaften müssen Migrantinnen über ihre Rechte informiert werden. Weitere gesetzliche Änderungen, vor allem eine aufenthaltsrechtliche Rückkehrperspektive für Opfer von Zwangsheirat, sind nötig. Wir müssen dabei den Fokus auf den Opferschutz legen. Einschränkungen des Ehegattennachzugs, wie jetzt der Innenminister fordert, werden Zwangsehen kaum verhindern, sondern die Rechte von Frauen und Familien beschneiden.

Letztlich hängen die Möglichkeiten, sich aus ungewünschten Abhängigkeiten befreien zu können, wesentlich von Bildung, eigenen Erwerbsmöglichkeiten und gesellschaftlichen Teilhabechancen ab. Doch gerade bei jungen Migrantinnen ist die Kluft zwischen den erwiesenermaßen hohen Bildungswünschen und den erreichten Berufsabschlüssen groß. Statt weiterhin viele Mädchen und junge Frauen auf unqualifizierte Tätigkeiten oder den häuslichen Bereich zu verweisen, müssen wir die Potenziale der Migrantinnen, die die Gesellschaft dringend braucht, nutzen und Einstiege in ein qualifiziertes Berufsleben fördern.

#### Migrantinnen und Migranten politisch und rechtlich integrieren

Eine demokratische Gesellschaft kann es sich nicht leisten, Teile ihrer Bevölkerung dauerhaft politisch und rechtlich auszuschließen. Wir brauchen daher weitere Schritte zur rechtlichen Gleichstellung und zur politischen Integration der Migrantinnen und Migranten in Deutschland.

Integrationspolitisch problematisch sind rechtliche Ausschlüsse besonders dort, wo Zugänge in unsere Gesellschaft, zum Arbeitsmarkt oder zur Ausbildung, verweigert werden. Auch nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes existieren große Schwierigkeiten, seit langem hier lebenden Geduldeten ein Aufenthalts- und Arbeitsrecht zu gewähren oder geduldeten Jugendlichen den Weg in die Ausbildung zu öffnen. Mancherorts wurde den geduldeten Flüchtlingen sogar die Arbeitserlaubnis entzogen. Wir brauchen daher endlich klare gesetzliche Bleiberechtsregelungen. Wo rechtliche und tatsächliche Perspektiven und Zugänge in die Gesellschaft verweigert werden, entstehen soziale Probleme und Konflikte. Mit Antidiskriminierungsregelungen muss Ungleichbehandlungen und Ausgrenzungen, etwa auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt, wirksam begegnet werden.



**Marieluise Beck**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 5 von 5 Seiten des Schreibens vom 18.05.05

---

Volle Rechtsgleichheit besteht erst mit dem Erwerb der Staatsangehörigkeit. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes ist die Zahl der Einbürgerungen erfreulich gestiegen. Dennoch sind weiterhin viele Menschen trotz langjährigen Aufenthaltes nicht im Besitz voller Bürgerrechte.

Deshalb sind verstärkte Bemühungen zur vermehrten Einbürgerung und erleichtere Einbürgerungsvoraussetzungen für die erste Migrantengeneration weiterhin sinnvoll.

Politische Teilhabe aber ist mehr als der Besitz der Staatsangehörigkeit. Gerade das kommunale Gemeinwesen lebt von der aktiven bürgerschaftlichen Mitgestaltung. Deshalb sollte endlich auch Drittstaatenangehörigen mit längerem Aufenthalt das kommunale Wahlrecht zugebilligt werden. Auch jenseits rechtlicher Partizipationsmöglichkeiten sollten wir uns dafür einsetzen, Migrantinnen und Migranten und ihre Vertretungen und Organisationen in die politischen Willensbildungsprozesse mit einzubeziehen und neue Formen der politischen Beteiligung zu entwickeln. Denn erst die Erfahrung, die Verhältnisse aktiv und verantwortlich mitgestalten zu können, stärkt das demokratische Verständnis und die Demokratie insgesamt.

Wir brauchen eine Politik der Einbürgerung: ganz konkret im Sinne einer rechtlichen Integration als Staatsbürger, aber auch im Sinne eines Identifikationsangebotes mit dieser Gesellschaft und ihren Werten.